

Landkreis Uckermark:

Flagge zeigen

Dietmar Schulze, Landrat des Kreises Uckermark, über das „bürgerliche Mäntelchen“ der Rechten, deren strategischen Umgang mit dem demografischen Wandel sowie die Notwendigkeit einer aktiven demokratischen Gegenwehr

Herr Schulze, im Kreistag des Landkreises Uckermark ist die NPD nur mit einem von 47 Abgeordneten vertreten. Das kann Sie nicht wirklich beunruhigen.

Schulze: Sie haben recht. Die Gefahr, die von den Aktivitäten der NPD im Kreistag ausgeht, hält sich derzeit tatsächlich sehr in Grenzen. Dabei spielt auch eine Rolle, dass sich alle demokratischen Parteien in der Ablehnung der NPD einig sind und jegliche Zusammenarbeit kategorisch ablehnen. Ich warne dennoch davor, das Problem zu unterschätzen.

Warum?

Schulze: Ein Blick in unseren nördlichen Nachbarkreis Greifswald-Vorpommern zeigt, dass sich die Situation sehr schnell ändern kann. Im dortigen Kreistag hat die NPD mit sechs Mandaten Fraktionsstärke. Das gibt ihr erhebliche politische Betätigungsmöglichkeiten und entsprechende Aufmerksamkeit. In einzelnen Gemeindevertretungen in Vorpommern, wie etwa Ferdinandshof, stellen die Rechten ein Viertel der Mitglieder. Ich kann daher auch mit Blick auf die brandenburgische Kommunalwahl 2014 nicht ausschließen, dass die NPD auch in der Uckermark stärker wird. Dabei spielt eine Rolle, dass dann erstmals das Wahlrecht mit 16 gilt. Ich befürchte einen wachsenden Druck aus der rechten Ecke.

Warum finden die Rechten gerade bei jungen Leuten besonderen Anklang?

Schulze: Zunächst muss man festhalten, dass rechtes Gedankengut in allen Altersgruppen präsent ist. Das findet seinen Ausdruck im täglichen Miteinander, in Familien, Vereinen, bei der Arbeit. Das ist nach meiner Einschätzung im Übrigen kein ostdeutsches Phänomen, sondern im Westen ebenfalls zu finden, leider oftmals in ländlichen Gebieten. Bei vielen ist eine gewisse Offenheit und Anfälligkeit gegenüber entsprechenden politischen Parolen vorhanden. Gerade die Jungen stehen dabei im Mittelpunkt rechter Werbeversuche.

Seit wann sind Springerstiefel, Glatzen und dumpfe Parolen für Jugendliche attraktiv?

Schulze: Das ist ein verbreiteter Irrtum, dem immer noch viele unterliegen. Die Rechten haben längst ihr Erscheinungsbild geändert. Das Bild, das

Sie beschreiben, gibt es kaum noch. Inzwischen haben sich die Rechten ein bürgerliches Mäntelchen umgehängt. Sie weisen in der Regel weder im äußeren Erscheinungsbild noch im Auftreten besondere Merkmale auf, sondern geben sich „normal“. Sie versuchen auf diese Weise, in bestehenden Strukturen Fuß zu fassen und eine aktive Rolle im öffentlichen Leben zu spielen.

Was heißt das?

Schulze: Wir beobachten verstärkte Aktivitäten von Leuten mit rechter Gesinnung beispielsweise in den Freiwilligen Feuerwehren oder auch in Sportvereinen. Das hat aus deren Sicht zwei Vorteile: Zum einen lässt sich das Image verbessern und das Bild von den „bösen Rechten“ korrigieren. Zum anderen wird dadurch ein direkter Zugang zu Kindern und Jugendlichen geschaffen, um zumeist subtil, teilweise auch offen, rechte Botschaften zu verbreiten.

Was steckt dahinter, die Aktivitäten Einzelner oder mehr?

Schulze: Eindeutig ist das Teil einer Strategie und eines gezielten Vorgehens. Wir haben es inzwischen in bestimmten Gebieten wie auch der Uckermark mit einem Netzwerk von Rechten zu tun, die geplant und nach ähnlichen Mustern in unterschiedlichen Regionen agieren. Ich kann nur davor warnen, die Szene zu unterschätzen. Deren Protagonisten sind keine Dummköpfe. Sie entsprechen schon lange nicht mehr dem Klischee, das viele noch haben.

Welche Rolle spielt der demografische Wandel, von dem die Uckermark in besonderer Weise betroffen ist, für das Problem?

Schulze: Wir zählen tatsächlich zu den „Vorreitern“ in Sachen Bevölkerungsentwicklung. Der Landkreis Uckermark ist anderen Kommunen im Osten Deutschlands, aber auch im übrigen Bundesgebiet, in dieser Hinsicht insgesamt 15 bis 20 Jahre voraus. Wir müssen früher als andere auf den Rückgang, die Alterung und die veränderte Zusammensetzung der Bevölkerung reagieren. Dazu zählt beispielsweise, dass wir Versorgungseinrichtungen schließen und alternative Konzepte zur Aufrechterhaltung der Daseinsvorsorge erarbeiten müssen. Nicht selten

müssen wir dabei feststellen, dass Rechte in diese Lücken, die sich dann auftun, springen und Aufgaben übernehmen, die die öffentliche Hand in der bisherigen Form nicht mehr erbringen kann.

Was tun Sie dagegen?

Schulze: Das Wichtigste ist aus meiner Sicht, Flagge zu zeigen und diesen Tendenzen aktiv entgegenzutreten. Es muss uns gelingen, die rechten Akteure bloßzustellen und deren wahre Absichten der Öffentlichkeit bewusst zu machen.

Wie wollen Sie das konkret erreichen?

Schulze: Indem wir beispielsweise die Mittel im Kreisetat für Öffentlichkeitsarbeit aufstocken und sie gezielt für diese Zwecke einsetzen. Wir müssen daneben Präsenz zeigen, etwa indem öffentliche Mandatsträger wie der Landrat oder Bürgermeister Feuerwehrtage besuchen und der Arbeit der vielen Ehrenamtlichen, die keine negativen politischen Absichten verfolgen, die notwendige und verdiente Anerkennung verschaffen. Und schließlich müssen wir die Ängste und Befürchtungen der Bürger ernst nehmen und dürfen nicht den Rechten das Feld überlassen.

Was meinen Sie?

Schulze: Ich meine beispielsweise das Problem einer erhöhten Kriminalität entlang der deutsch-polnischen Grenze. Wer davor die Augen verschließt, spielt den Rechten in die Hände. Wir haben uns gemeinsam mit der brandenburgischen Landesregierung und unseren polnischen Nachbarn mit diesem Thema befasst und konkrete Gegenmaßnahmen wie eine verstärkte Polizeipräsenz beschlossen. Dass dies dann wiederum von den Rechten als Erfolg ihrer Warnungen und Parolen missbraucht wird, müssen wir in Kauf nehmen und zeigt nur, dass wir uns rechtzeitig den konkreten Problemen der Menschen vor Ort widmen müssen.

Verschärft die Grenznähe das Problem des Rechtsextremismus?

Schulze: Nur, wenn wir manche Dinge ignorieren, die es an nahezu jeder Grenze gibt. Insgesamt profitiert die Uckermark aber von ihrer Nähe zu Polen. Das wird nach meinem Eindruck inzwischen von den allermeisten Bewohnern so gesehen. Befürchtungen, die es im Vorfeld des polnischen EU-Beitritts im Hinblick auf die hiesige Wirtschaft gab, haben sich allesamt als unbegründet erwiesen. Im Gegenteil: Unsere Wirtschaft gewinnt durch die Nachbarschaft zu Polen.



Dietmar Schulze war von Mai 2000 bis November 2009 Staatssekretär im brandenburgischen Landwirtschaftsministerium. Der 58-jährige SPD-Politiker war zuvor Amtsleiter des Landwirtschaftsamtes im Landkreis Uckermark. Dort wurde Schulze im Mai 2010 mit großer Mehrheit zum Landrat gewählt.

Ressentiments auf beiden Seiten, die Rechte ausnutzen, gibt es nicht mehr?

Schulze: Zumindest nicht in einem Umfang, dass sie uns Sorge bereiten müssten. Die zunehmende Verflechtung beider Seiten wirkt dem entgegen. Im Landkreis Uckermark sind in den letzten Jahren gut 1 400 Polen ansässig geworden. Die pendeln täglich zur Arbeit in den Großraum Stettin und wohnen bei uns, weil sie hier günstig Häuser kaufen oder bauen konnten. Hier finden sie gute Kinderbetreuungseinrichtungen und Schulen, die gerade für junge Familien von großer Bedeutung sind. Wir haben darauf reagiert und beispielsweise die Einstellung zweisprachiger Erzieherinnen in den Kindergärten unterstützt. Das Zusammenleben von polnischen Neubürgern und den eingesessenen Uckermärkern läuft reibungslos. Bislang hat es keinerlei Vorkommnisse gegeben, die auf Fremdenfeindlichkeit schließen ließen. Im Gegenteil: Die Uckermärker sehen ihre neuen Nachbarn als Bereicherung. Wir werden uns daher weiter um den Zugang von Familien aus Polen bemühen, auch wenn uns klar ist, dass damit unser Demografieproblem nicht gelöst wird.

Was macht Sie zuversichtlich, das Problem des Rechtsextremismus in Ihrer Region in den Griff zu bekommen?

Schulze: Wir haben in Brandenburg gute Erfahrungen damit gemacht, das Problem präventiv anzugehen und sofort Flagge zu zeigen, wenn sich etwas tut, was wir als Demokraten nicht gutheißen können. Wenn wir daran festhalten, gleichzeitig die notwendigen Mittel bereitstellen, die eine solche aktive und vorbeugende Politik erfordert, und es schließlich genügend Menschen gibt, die sich gegen rechte Tendenzen offen zur Wehr setzen, werden wir das Problem zumindest eindämmen. Ich kann aber nur davor warnen zu glauben, das Thema „Rechtsextremismus“ sei nur eine vorübergehende Erscheinung, die sich irgendwann von selbst erledige. Ohne aktive Gegenwehr wird uns das nicht gelingen. ■ Rainer Münch